Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine Illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich [illegible] M., monatlich [illegible] M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle: vierteljährlich [illegible] M., monatlich [illegible] M. Durch die Post: vierteljährlich [illegible] Mk., monatlich [illegible] Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum [illegible] Pfg., [illegible] Pfg., Reklamezeile [illegible] Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsziele erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von [illegible] bezw. [illegible] Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 287 | Dienstag den 7. Dezember 1920 | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Über die Viehlieferungen Deutschlands an Frankreich ist nach langen Verhandlungen in Paris ein Übereinkommen erzielt worden.

* Der Reichspräsident und der Reichskanzler erlassen einen Aufruf an das deutsche Volk zur Grenzspende für Oberschlesien.

* Der Hauptausschuß des Reichstags bewilligte als erste Rate für den Bau eines Kleinen Kreuzers 25 Millionen Mark.

* Nach einer Meldung aus Doorn ist der vormalige Kaiser an einer Nervendepression erkrankt.

* Der fünfte Ausschuß des Völkerbundrates hat einstimmig den Antrag Österreichs um Aufnahme in den Völkerbund angenommen.

* Die englische Regierung beschloß, in Zukunft hauptsächlich Unterseeboote für die Marine zu bauen.

* Der italienische Kammerausschuß für Auswärtiges verlangt dringend Aufklärung über die Ententenote an Griechenland, die einen unzulässigen Eingriff in die inneren Angelegenheiten Griechenlands darstellt.

* Es besteht die Möglichkeit, daß die Volksabstimmung in Griechenland über die Rückberufung König Konstantins infolge der Warnung der Schutzmächte vertagt wird.

* Die südafrikanische Regierung hat eine Kommission nach Deutschland entsandt, um die Ausfuhr südafrikanischer Wolle nach Deutschland in die Wege zu leiten.

England, Frankreich, Italien.

Zweimal ist unser ehemaliger Verbündeter im Süden in diesen Tagen vor der ganzen Welt im Schlepptau der beiden großen Westmächte aufmarschiert: Das eine Mal, um englisch-französischen Vorschlag für die Abstimmung in Oberschlesien zu unterstützen, und ein paar Tage darauf, um gegenüber der Möglichkeit einer Wiederkehr König Konstantins nach Griechenland an der Abschreckung des griechischen Volkes teilzunehmen. In dem einen wie im andern Fall zieht Italien mit seinen hohen Alliierten ann einem Strang, obwohl gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß seine eigenen Interessen nach anderer Richtung hinweisen.

Oft genug haben italienische Staatsmänner bereits versichert, daß sie größten Wert auf Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland legen müßten, daß insbesondere die Wiederaufnahme eines geregelten Handelsverkehrs mit Deutschland für die Gesundung der italienischen Wirtschaft eine Lebensbedingung darstellt. In ganz Italien herrscht auch ziemliche Übereinstimmung darüber, daß es einen tödlichen Schlag für unsere wirtschaftliche Selbständigkeit bedeuten würde, wenn uns nach allem, was wir verloren haben, jetzt auch noch Oberschlesien genommen werden würde. Die Italiener waren es auch allein, die ihre Besatzungstruppen in Oberschlesien, als polnische Banden im August dieses Jahres zu neuen Aufstandsversuchen übergingen, scharf zugreifen ließen und so sehr bald Ruhe und Ordnung wiederherstellten, soweit ihr Einflußgebiet reichte. Trotzdem finden wir jetzt die Unterschrift der römischen Regierung unter einem Schriftstück, das sich zwar äußerlich möglichst unparteiisch gebärdet, das aber seiner ganzen Tendenz nach unzweifelhaft darauf gerichtet ist, das oberschlesische Land den Polen in die Hand zu spielen. In Italien findet unsere Forderung nach Erleichterung des Versailler Friedensvertrages bisher noch die meiste Unterstützung. Nun aber gibt es sich dazu her, einen Druck auf Deutschland ausüben zu lassen im Sinne einer weiteren Verschlechterung des Vertrages; denn wenn Lloyd Georges Vorschlag zur Durchführung käme, kann niemand dafür einstehen, daß nicht der Volkswille in Oberschlesien von Grund auf verfälscht wird. Und wenn uns auf diese Weise Oberschlesien geraubt werden sollte, würden schließlich die wenigen Männer, die heute noch in Deutschland den Mut und den hoffnungsvollen Glauben an die Möglichkeit unserer Wiederaufrichtung nicht völlig verloren haben, die Flinte ins Korn werfen und alles gehen lassen, wie es will. Uns dieser äußersten Verzweiflung in die Arme zu treiben, dazu hat auch Italien sich hergegeben.

Und nicht viel anders liegt der zweite Fall. Wenn irgendwo außerhalb des griechischen Festlandes der jähe Sturz des Diktators Venizelos mit frohem Aufatmen begrüßt worden ist, ist es Italien. Man erinnert sich noch, welche unsäglichen Mühen es gekostet hat, die griechischen und die italienischen Beuteansprüche aus dem Weltkriege miteinander auch nur notdürftig in Einklang zu bringen, wie der schier unersättliche Imperialismus des fast größenwahnsinnig gewordenen Kretensers sich den ruhebedürftigen Italienern immer und immer wieder in den Weg stellte. Je mehr Landbesitz er auf diese Weise zusammenscharrte, desto sicherer fühlte er sich vor der Volkswut, die seine nach innen gerichtete Tyrannenherrschaft unfehlbar entfesseln mußte. Es hat ihm alles nichts genutzt, der Tag der Wahl brachte ihm ein vernichtendes Volksgericht. Die italienische Presse jubelte. Man war fast in der Stimmung, Feste zu feiern, als hätte man einen höchsteigenen nationalen Sieg erfochten, und nun muß Giolitti sich dazu bequemen, eine englisch-französische Note gegenzuzeichnen, in der es heißt, daß die drei Regierungen durch die letzten Ereignisse in Griechenland sehr unangenehm berührt wären. Sie wünschen — natürlich — nicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Wann hätten England und Frankreich das je in ihrem ganzen Leben getan! Aber die Rückkehr des Königs Konstantin, dessen Handlungsweise während des Krieges den Alliierten große Schwierigkeiten verursachte, auf den Thron könne von ihnen nur als die Bekräftigung feindlicher Handlungsweise angesehen werden. Sie würde eine ungünstige Lage in den Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten herbeiführen, und in diesem Falle würden sich die drei alliierten Regierungen vollkommene Freiheit für die so geschaffene Lage vorbehalten.

Das ist deutlich genug. Zu dieser Sprache, die jedes ehrliebende, seine Freiheit hochhaltende Volk auf das tiefste verletzen muß, gibt also Italien seinen Segen, das einst am eigenen Leibe schmerzlich genug erfahren mußte, wie wehe es tut, von fremden Nationen in der freien Regelung seiner eigenen Angelegenheiten mit allen Mitteln der Diplomatie und der Gewalt behindert zu werden. Italien wird gezwungen, sich selbst ins Gesicht zu schlagen, alles um der höheren Ehre oder sagen wir zutreffender: um des höheren Machtdünkels der Entente willen, die es nicht vertragen kann, durch den unerbittlichen Gang der Ereignisse in allen ihren Völkerbeglückungsplänen so grausam Lügen gestraft zu werden. Aber daß es so kommen würde, daß Italien zu einem willenlosen Werkzeug der Westmächte herabsinken werde, wenn es nicht wenigstens an der zunächst verkündeten Neutralität im Weltkriege festhielt, das ist den römischen Staatsmännern zurzeit von allen Seiten, die es ehrlich mit ihnen meinten, dringend genug vorgestellt worden. Ein tragisches Geschick hat es gewollt, daß gerade Giolitti jetzt seinen guten Namen dazu hergeben muß, um den Lloyd George und Millerand Dienste zu leisten, obwohl er, wie kein anderer Italiener, dem Eintritt in den Krieg solange wie nur irgend möglich widerstrebt hat. Aber schließlich, alle Schuld rächt sich auf Erden, auch die Schuld des Gehen- und Geschehenlassens. Und Italien befindet sich erst am Anfang dieser Zwangsgefolgschaft, in die es sich ohne Not verloren hat.

Die Viehlieferungen an Frankreich.

Das Ergebnis der Pariser Beratungen.

Wie von zuständiger Seite in Berlin bekanntgegeben wird, sind nach langen, schwierigen Beratungen die Pariser Verhandlungen der deutschen Kommission der Reparationskommission über die Viehlieferungen zum Abschluß gekommen. In der letzten Vollsitzung wurde einstimmig eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland die von den Ententestaaten geforderten **1 740 000 Stück Geflügel, 27 165 Ziegen und 15 250 Schweine** nach den Bestimmungen des Friedensvertrages liefert und im übrigen innerhalb sechs Monaten liefert: **30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere**, Ochsen usw., sowie **30 000 tragende Kühe** und Färsen. An Pferden hatte die Entente insgesamt rund 150 000, an Rindern über 888 000, davon 640 000 Milchkühe und tragende Färsen, und an Schafen insgesamt rund 900 000 gefordert. Für **die Lieferung des verbleibenden Restes** wird vor Ablauf der sechsmonatlichen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung gemacht werden.

Zur bevorstehenden Zwangsanleihe.

Vorteile und Schwierigkeiten.

Zu der namentlich durch den Reichsbankpräsidenten Havenstein dringend befürworteten Zwangsanleihe wird jetzt offiziös erklärt:

Wenn eine solche Zwangsanleihe, der ja auch der Reichsfinanzminister durchaus sympathisch gegenübersteht, zur Wirklichkeit wird, so muß das so schnell wie irgend tunlich geschehen, um die Schäden noch nach Möglichkeit zu vermeiden, die bereits durch das lange Hinausschieben der Einziehung des Reichsnotopfers entstanden sind. Sind sich die zuständigen Ministerien einig und haben sich auch die Kommissionen einmütig dafür erklärt, so wird ja die betreffende Gesetzesvorlage umgehend eingereicht werden können, um eben die ganze Angelegenheit so zu beschleunigen, daß sie noch vor dem Reichsnotopfer oder vielmehr vor der Einhebung desselben in Kraft tritt. Eine derartige Anleihe würde zudem auch der Entente gegenüber den Beweis liefern, daß alles getan worden ist und getan wird, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, daß man weit über die Grenzen der Steuererhebung und der Vermögenskraft des deutschen Volkes hinausgeht, und daß die Annahme, es seien noch irgendwelche Reserven im Lande vorhanden, vollständig unbegründet ist. Die Zwangsanleihe muß sofort bezahlt werden. Der Kurs, zu dem sie angenommen werden muß, wird auf etwa 85 bis 87 zu schätzen sein. Sie könnte frei von der Kapitalertragssteuer bleiben, und da sie ferner voraussichtlich auch für das Reichsnotopfer verwendet werden kann, so ist anzunehmen, daß der verbleibende Betrag der Gesamtanleihe, der naturgemäß im freien Handel eine Kursermäßigung erfahren wird, leicht Aufnahme findet. Von der Zwangsanleihe müßten alle diejenigen befreit sein, die bis Ende des Jahres das Reichsnotopfer bereits bezahlt haben. Bei der neuen Deklaration, die notwendig werden wird, dürften die selbstgezeichneten Kriegsanleihen insofern eine gewisse Berücksichtigung finden, als sie bei der Verteilung der Zwangsanleihe in Abzug gebracht werden. Ein Viertel des Vermögens soll, wie schon früher erwähnt, in einer solchen Anleihe angelegt werden; man wird aber namentlich den verschiedenen Betrieben, Industriegesellschaften usw. wesentlich entgegenkommen müssen, indem man für eine Lombardierung der Anleihe Sorge trägt, damit den Gesellschaften nicht eine Störung im Geschäftsbetrieb aus der Zwangsanleihe erwächst.

Amerikanische Finanzpläne.

Eine Ententebank für Deutschland.

In den Vereinigten Staaten sind bekanntlich noch über vier Milliarden deutschen Eigentums beschlagnahmt, die nun irgendwie nutzbar gemacht werden sollen. Von amerikanischer Seite ist nunmehr ein Projekt ausgearbeitet worden, das augenblicklich in Genf lebhaft erörtert wird und das wohl auch bei der Londoner Zusammenkunft der Ministerpräsidenten eine erhebliche Rolle spielen dürfte. Die Kontrolle, von der Lloyd George in letzter Zeit häufig spricht, soll nämlich im Endeffekt auf eine finanzielle Kontrolle Deutschlands hinauslaufen, und zwar auf folgender materieller Basis:

Auf der Grundlage der erwähnten 4 Milliarden soll ein amerikanisch-englisch-französisches Noteninstitut errichtet werden. Die 4 Milliarden sollen als 2 Milliarden Golddeckung betrachtet und auf dieser Basis bis zu höchstens 16 Milliarden Mark neue Noten ausgegeben werden, die je nach der Bewertung der 4 Milliarden deutschen Eigentums in Amerika mit 50 bis 100 % Gold gedeckt sind. Das neue Noteninstitut würde unter der Voraussetzung, daß das Notenemissionsrecht der Reichsbank aufhört, die alten Marknoten im Verhältnis von 1:6 in Zahlung nehmen.

Auf diese Weise hofft man, die Mark zu stabilisieren, die andern von der Mark abhängigen Valuten ebenfalls zu steigern und zu stabilisieren, um so einen gesteigerten amerikanischen Export wieder zu ermöglichen. Selbstverständlich bedingt eine derartige Transaktion auch ein Genehmigungsrecht der internationalen Finanzkommission bezw. des neuen Bankinstituts hinsichtlich des deutschen Reichsetats, mit andern Worten: die Einführung einer absoluten Finanzkontrolle. Der Durchführung dieses Projekts stehen bisher auf Entente-Seite nur die französischen Wiedergutmachungsansprüche entgegen, die vor Inkrafttreten des neuen Instituts geregelt werden müssen. Nach Ansicht der Amerikaner wird aber der englisch-amerikanische und italienische Druck auf Frankreich ausreichend sein, um eine Regelung zu ermöglichen, zumal auch der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs davon bedingt ist.

*

Internationale Kreditorganisation.

Der Vorsitzende der Finanzsektion der vom Völkerbundsrat eingesetzten provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission Strakos (Südafrika) erklärte Pressevertretern: Die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission ist die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die es den besonders verarmten Ländern Europas, wie den Zentralmächten ermöglicht, Rohstoffe einzuführen und diese als Fabrikate wiederauszuführen. Diese Kredite dürfen nur von den ganz verarmten Ländern in Anspruch genommen werden, die sich allein nicht helfen können. Die Kreditorganisation ist so gedacht, daß die Staaten für die den einzelnen Privatwirtschaften zur Verfügung gestellten Rohstoffe eine Garantie zu leisten hätten. Die praktische Durchführung soll so erfolgen, daß die von der in der Frage stehenden Regierung ausgestellten Bons an die internationale Kreditorganisation gelangen, die den Wert der Bons feststellt, die als Garantie für die gewährten Kredite dienen. Die Kommission hat in den letzten 14 Tagen die Einzelheiten dieses Plans weiter ausgearbeitet. Ferner beschäftigte sie sich mit der Frage der Errichtung eines internationalen Clearinghauses, mit dem Stande der Budgets der einzelnen Länder usw. Strakos betonte, daß die aus Fachleuten zusammengesetzte Kommission von dem ernsten Willen beseelt sei, die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz weiter auszuarbeiten und für ihre Durchführung praktische Vorschläge zu machen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 6. Dezember.

Erhöhung der Beamten-Teuerungszuschläge.

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichstags behandelte die Teuerungszulagen der Beamten. Nach Berichterstattung des Abg. Höfle (Zentr.) beantragten die Regierungsparteien, daß bei der Ortsklasse A statt 75 150 % Teuerungszuschläge gezahlt werden sollen, bei Ortsklasse B 125 %, bei Ortsklasse C 100 % und bei Ortsklasse D und E 75 %. Auch sollen vom gleichen Tage ab die außerplanmäßigen Beamten, die nur 80 % des vollen Arbeitszuschlages beziehen, als weiteren Teuerungszuschlag die übrigen 20 des Ortszuschlages und auch hierzu den allgemeinen Teuerungszuschlag von 50 % erhalten. Der Reichsfinanzminister stimmte dem Antrage zu.

Entente und Einwohnerwehren.

Berlin. Die Nachricht, nach der im „Echo de Paris" eine halbamtliche Äußerung die Zustimmung der Entente zu den bayerischen Einwohnerwehrplänen festgestellt hätte, trifft nicht zu. Die Entente steht vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, keinerlei Ausnahmen bei der Entwaffnung zu gestatten. Die bereits eingeleitete Einziehung der von Selbstschutzorganisationen angemeldeten Handfeuerwaffen (Gewehre, Karabiner und Pistolen) nimmt inzwischen ihren Fortgang.

Zum Fall Paasche.

Berlin. Wie verlautet, hat der Rechtsvertreter der Hinterbliebenen des am 22. Mai auf seinem Gute Waldfrieden bei Hochzeit von Reichswehrsoldaten erschossenen Kapitänleutnants Hans Paasche von der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl auf eine Anfrage nach dem Stande der Angelegenheit folgende Mitteilung erhalten: „Das Verfahren ist eingestellt."

Verschiedene Meldungen.

Hamburg. Drei Boten der Firma Niemeyer in Harburg wurden durch maskierte Männer 250 000 Mark Lohngelder entrissen. Die Räuber wurden verhaftet.

Budapest. Der bekannte Kehlkopfspezialist Dr. Lang wurde bei einer Operation von einem Patienten gebissen. Es trat Infektion ein, der Dr. Lang erlegen ist.

Sevilla. Vor dem Hause des Reeders Ibaara ist eine Bombe explodiert. Drei Soldaten, die vorübergingen, wurden verwundet.

Washington. Der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, hat zehn Republikaner und drei Demokraten zu sich geladen, um mit ihnen über politische Fragen zu beraten.

Melbourne. Die australische Regierung hat beschlossen, die Ausfuhrverbote aufzuheben. Der Ausfuhr- und Einfuhrhandel mit Deutschland, Österreich, der Türkei, Ungarn und Bulgarien bleibt untersagt.

Arbeiter und Angestellte.

Kattowitz. (Eisenbahnerbewegung.) Auf einigen Dienststellen des Eisenbahndirektionsbezirkes traten die Arbeiter in den Streik. Der Betrieb wird aufrechterhalten. Die Bezirksbetriebsräte des Eisenbahndirektionsbezirks forderten die Arbeiter auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Der Streik ist unvollständig und beeinflußt bisher den Verkehr nur unerheblich.

3. Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Nach dem deutschen Reichsschatzkästlein, dem herrlichen Nürnberg, waren zum dritten Parteitag der Deutschen Volkspartei an tausend Delegierte aus ganz Deutschland geeilt. Dazu kamen zahlreiche Gäste aus Nah und Fern, dann die Minister und Vertreter der parlamentarischen Fraktionen der D. V. P. im Reiche und den einzelnen Ländern. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz wohnte den Verhandlungen vom ersten Tage an bei, Vizekanzler Heinze erschien am zweiten Tage, während den Reichsschatzminister von Raumer Krankheit am Erscheinen verhindert hatte. Außerordentlich zahlreich war auch die Presse vertreten. Zum ersten Vorsitzenden des Parteitages wurde Geh.-Rat Prof. D Dr. Kahl, M. d. R., gewählt der in seiner Begrüßungsansprache vor allem der deutschen Brüder und Schwestern in den besetzten und in den widerrechtlich von Deutschland abgetrennten Gebieten gedachte. Tief ergriffen lauschte die Versammlung den Ausführungen der

Vertreter Deutschösterreichs

und der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei. Sie schilderten nicht nur das Leid und die Bedrükkung der dortigen Deutschen, sondern legten auch vor dem Parteitag das Gelöbnis ab, nicht zu lassen von deutscher Art und deutscher Kultur und nicht wankend zu werden in dem zuversichtlichen Glauben, daß ein neues großes Deutsches Reich in Zukunft alle deutschen Stämme vereinigen werde. Nach Nürnberg seien sie geeilt, weil die Deutsche Volkspartei die Hüterin der nationalen Flamme sei. Spontan erhob sich darauf die Versammlung und aus tausend Kehlen erscholl brausend das Lied: Deutschland, Deutschland, über alles!

Nicht endenwollende Hochrufe hatten diese Vertreter aus Deutschösterreich, Tirol und Böhmen begrüßt. Stürmischer Jubel schlug auch dem Oberschlesier entgegen, der versprach, alles zu tun, daß Oberschlesien dem Reiche erhalten bleibt. Ihnen allen entbot der ehrwürdige Leiter der Versammlung Prof. D. Dr. Kahl namens des Parteitages Gruß und Handschlag, er erklärte, daß die Millionen Anhänger der Deutschen Volkspartei in Treue fest hinter jedem Deutschen stehen würden, der irgendwo in der Welt für deutsche Art kämpft und leidet (tosender Beifall). Den Hauptvortrag des ersten Tages hielt der

Abg. Dr. Stresemann.

Auch sein erster Gruß galt dem Reiche, das wir in den Tagen stolzen Glanzes geliebt haben und dem jetzt erst recht jeder Tropfen unseres Herzblutes gehören müsse. Vaterländische Gründe seien maßgebend gewesen für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung. Graf Posadowski, der doch der Führer der Deutschnationalen in der Nationalversammlung gewesen sei, habe diesen Eintritt ein Opfer genannt, das die Deutsche Volkspartei dem Lande bringe. Die Folgen dieser Opfer müßten getragen werden, denn das Vaterland stehe über der Partei. Nie und nimmer dürften taktische Gründe und Rücksichten auf das Wohlergehen der Partei für ihre Haltung maßgebend sein. Unverständlich sei das Verhalten der Deutschnationalen, denen doch wahrlich die leichtere Aufgabe des Kritisierens zugefallen sei. Mit Genugtuung dürfe man aber doch verzeichnen, daß der deutschnationale Abgeordnete Helfferich in Darmstadt öffentlich anerkannt habe, daß die jetzige Regierung besser sei als die vorige. Man könne auch den Führer der Deutschnationalen Hergt zum Zeugen aufrufen, der in seiner ersten Rede im neuen Reichstag ausgeführt hat, daß das Zentrum eine Mitwirkung der Deutschnationalen als vollkommen unmöglich bezeichnet habe (hört, hört). Die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie haben sich genau auf 6 Sätze beschränkt. Unsere Stellungnahme war wiedrum völlig konform mit der Stellung der Deutschnationalen, die damals bereit waren, unter Zurückstellung ihrer Grundsätze eine Regierung auf breitester Grundlage zu schaffen.

Uns trennt von der Sozialdemokratie eine ganze Weltanschauung, und dieser Weltanschauungskampf muß ausgetragen werden. Wir treten ein für einen nationalen, freiheitlichen, christlichen und sozialen Staat (Beifall). Die Notwendigkeit des Zusammenwirkens weitester bürgerlicher Kreise auf dieser Grundlage versteht und würdigt wohl die ganze deutsche Oeffentlichkeit. Demgegenüber steht die Zersplitterung der Sozialdemokratie, die sich in vier bis fünf sozialdemokratische Gruppen und Parteien aufgelöst hat. Verloren ging die Kraft der sozialistischen Idee. Sie ist zerschellt an den Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung und an der Unfähigkeit der sozialistischen Führer. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Arbeitermassen für den nationalen Staat und zur positiven Mitarbeit zu gewinnen. Hätte sich der Liberalismus früher mit sozialen Ideen erfüllt, so hätte manches besser sein können. Nun aber darf mit dieser Arbeit, die zu den vornehmsten Aufgaben des Wiederaufbaues gehört, nicht länger gesäumt werden. Es ist dabei scharf zu unterscheiden zwischen den sozialdemokratischen Führern und den irregeleiteten Massen, die in der Urtiefe ihres Denkens national sind. Vor allem lehnen wir jeden Anspruch auf Vorherrschaft und Führung der Sozialdemokratie ab. Das deutsche Bürgertum ist führend in Deutschland. Nicht Scheidemann bestimmt, sondern wir bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen es möglich ist, die Sozialdemokratie, falls sie eintreten will in die Regierung, aufzunehmen. Die Zukunft gehört dem nationalen und nicht dem internationalen Gedanken, sie gehört der sozialen und nicht der sozialistischen Idee, sie gehört dem christlichen und nicht dem religionslosen Staate.

Die Bedeutung der gegenwärtigen bürgerlichen Regierung in Deutschland wird lange nicht genug gewürdigt. Wer hätte es im November 1918 für möglich gehalten, daß eine solche Regierung schon anderthalb Jahre später das Steuerrad des Reiches ergreifen würde! Hätten die Männer des 9. November es verstanden, den letzten Mann gegen die die Vergewaltigung der Entente herauszustellen, dann hätte auch der Monarchist sich abgefunden mit einer solchen nationalen Revolution. Statt dessen haben sie sich führen lassen von internationalen Phrasen und haben unsere Würde mit Füßen getreten. Wir hoffen, daß die Monarchie wiederkehrt, gerufen vom Willen des deutschen Volkes (lebhafte Zustimmung). In dieser Zeit, in der niemand ein Bekenntnis zu den Hohenzollern zu lohnen vermag, spreche ich aus, daß es wenige Geschlechter in der Geschichte der Völker gibt, die rein als Menschen so viele große Persönlichkeiten hervorgebracht haben, wie das Geschlecht der Hohenzollern (stürmischer Beifall). Ist nun auch das Kaisertum gefallen, so ist uns doch das Reich geblieben. Ihm gilt unsere ganze Liebe. Im Interesse der Reichseinheit haben wir das schwere Opfer zu der Zustimmung des **oberschlesischen Autonomiegesetzes** blutenden Herzens gebracht, aber in der Frage der Aufrechterhaltung des geschichtlich gewordenen Preußens gibt es in der Deutschen Volkspartei kein Kompromiß. Wer da nicht mit uns ist, der ist wider uns! Gegen das sozialistische Preußen und das rote Berlin sind wir dagegen genau so eingenommen, wie unsere bayerischen Freunde. Preußen wird stets der festeste Kern des Deutschen Reiches bleiben. Und die Mainbrücke wollen wir fester schlagen und so sicher fundamentieren, daß niemand und nichts mehr unsere deutsche Einheit erschüttern kann. Auch

keine konfessionellen Gegensätze.

Es darf zwischen denen, die verschiedenen Glaubens sind, keine Trennung mehr geben. Wir wollen und müssen die große Einheit des christlichen Bekenntnisses zu stärken versuchen und dadurch eine Möglichkeit finden zu einer gemeinschaftlichen Arbeit, die über den Parteien und über den Konfessionen steht. Das, was uns eint, die christliche Weltanschauung gegenüber den religionsfeindlichen Elementen, ist viel größer als das, was uns trennen könnte. Ich habe die Kulturkampfperiode immer für ein Unglück gehalten. Wir dürfen keinen neuen Kulturkampf mehr führen. Ja, wir werden ihn mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, denn er würde ein unerträgliches nationales Unglück bedeuten. (Stürmische Zustimmung.)

Der nationale Wiederaufbau verlangt nicht zuletzt die **Entpolitisierung** wichtiger Aemter. Wir haben sie durchgesetzt im Auswärtigen Amt und im Verkehrsministerium. Entpolitisiert ist auch die große Entwaffnungsaktion. Was wäre aus ihr wohl geworden unter der Hand von Parteifunktionären? Diese Entpolitisierung ist unser Ziel; nicht aber können wir verlangen, daß die Grundsätze der Deutschen Volkspartei auch von allen anderen Parteien geteilt werden. Mit Befriedigung stellen wir jedoch fest, daß der Gedanke der Entpolitisierung auch in den anderen Parteien vorwärtsmarschiert. Bedauerlich bleibt es, daß die großen Wirtschaftsführer bei der Regierungsbildung nicht zur Stelle waren, aber wir haben auch Verständnis dafür, daß bei den Umwälzungen unserer Zeit die Führer des deutschen Wirtschaftslebens auf ihrem Gebiet wichtige Arbeit zu verrichten haben.

Zweifellos hat sich manches zu unserem Vorteile geändert. Die Zwangswirtschaft ist soweit abgebaut worden, wie wir es verantworten konnten, allerdings auch keinen Schritt weiter. Im Reichswirtschaftsministerium ist eine besondere Stelle für Handwerkerfragen geschaffen worden. Unser Antrag über den Schutz der lebenswichtigen Betriebe ist angenommen worden, und wir erwarten, daß uns innerhalb von 4 Wochen ein entsprechendes Gesetz vorgelegt wird. Zu den lebenswichtigen Betrieben — das möchte ich ausdrücklich feststellen — rechnen wir auch die Landwirtschaft. Wir verlangen einen Abbau in der Beschäftigung unnützer Hilfskräfte und haben den Mut, auszusprechen, daß Deutschland nicht an dem Dogma des Achtstundentages zugrunde gehen darf. Das deutsche Verkehrswesen ist so organisiert worden, daß wir in diesem Punkte besser daran sind als manche anderen Staaten. Auch die Wiederherstellung der Staatsautorität macht unverkennbare Fortschritte. Wenn das Abkommen von Spa für uns eine Enttäuschung war, so wollen wir doch im Auge behalten, daß nach den Worten Dr. Helfferichs auch die Deutschnationalen bereit gewesen wären, das Odium von Spa auf sich zu nehmen. Die Persönlichkeit des Ministers Simons achten wir, aber ich muß doch der Befürchtung Ausdruck geben, daß er in seinen Reden nicht immer diejenige Rücksicht auf die unwägbare Seelenstimmung nimmt, die notwendig ist, um Reibungen zu verhüten. Ich denke dabei besonders an die Südtiroler Frage. Die Regierung darf auf uns rechnen, wenn sie den Kampf gegen die Kommunisten aufnimmt. Damit darf sie nicht warten, bis der Bolschewismus selbst die Stunde der Entscheidung für gekommen hält. Sie darf sich nicht das Gesetz des Handelns von Moskau vorschreiben lassen.

Ein dem Bolschewismus verfallenes Deutschland würde den Untergang der gesamten europäischen Kultur bedeuten. Das sollen auch unsere Feinde nicht vergessen. Sie sind es gewesen, die durch die furchtbaren Bestimmungen des Versailler Vernichtungsdiktats erst den Boden für die Aufnahme bolschewistischer Ideen in Deutschland geschaffen haben. Darum ist die Revision des Versailler Vertrages eine Frage, die nicht nur über die Zukunft Deutschlands sondern der ganzen Welt entscheiden wird. Einig, einig muß das deutsche Volk in der Forderung der Revision des Friedensvertrages sein! Gebe uns Gott diese Einigkeit, damit wir endlich wieder bessere Tage sehen.

Bei den letzten Worten Stresemanns hatte sich die Versammlung erhoben und gepackt von der Wucht des Vortrages erscholl spontan das wohlbekannte Lied: „Haltet aus im Sturmgebraus!"

Diese Rede war der Höhepunkt des Parteitages. Die folgenden Reden bauten sich logisch auf der von den Gedankengängen Stresemanns geschaffenen Grundlage auf und gliederten sich zu einem großen Programm des nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues Deutschlands.

Schon die beiden nächsten Redner liefen Sturm gegen das Bollwerk von Versailles, das als erstes überwunden werden muß, wenn überhaupt ein Wiederaufbau Deutschlands möglich sein soll.

Von lebhaftem Beifall begrüßt sprach Reichstagsabgeordneter **Freiherr v. Lersner** über die politischen und Reichstagsabgeordneter **Dr. Zapf** über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Diktats.

Der erstere schildert auf Grund seiner persönlichen Erlebnisse das in Versailles gegen die deutsche Delegation geübte Verfahren. Nach seiner Ueberzeugung und der der ganzen deutschen Delegation wären bedeutsamere Erleichterungen durchzusetzen gewesen, wenn man nicht in Paris schon gewußt hätte, daß Erzberger alles unterzeichnen würde und daß die Unabhängige Sozialdemokratie in Berlin Hunderttausende auf die Straße getrieben hatte, um die Annahme des Versailler Diktates durch die deutsche Regierung zu erzwingen. Wo dagegen die Heimat einmütig hinter der Delegation gestanden habe, da sei es dieser gelungen, wichtige Milderungen, wie in der Frage der Kriegsverbrecher, zu erzielen. Darum würde auch die von Stresemann geforderte Einigkeit in der Abwehr zur Revision des Versailler Diktates führen. Notwendig sei jedoch eine große Sühnepropaganda im Inlande und Auslande. Immer wieder müsse sich das deutsche Volk vor Augen halten, was England durch seine zielbewußte Propaganda erreicht habe. Als ein gutes Zeichen begrüße er es, daß der neue Außenminister Simons in Düsseldorf erklärt habe, daß er einen neuen Einmarsch der Franzosen als einen feindseligen Akt betrachten würde. Festigkeit der Regierung, Einigkeit des Volkes, Zielklarheit in der Propaganda, das seien die sichern Wege, die zur Revision des Versailler Diktates führten.

Erschütternd wirkten die Darlegungen des zweiten Redners, der Tatsachen und Ziffern aufmarschieren ließ, die die wirtschaftliche Versklavung Deutschlands durch den Friedensvertrag anschaulich zeigten. Wir sind verpflichtet, fünf Jahre lang bis zur Höhe von 200 000 Tonnen jährlich Schiffe für die Entente zu bauen, 10 Jahre lang kann Frankreich jährlich 40 Millionen Kohle von uns verlangen, 50 Prozeent des Vorrates an Farbstoffen und Chemikalien haben wir abzuliefern und 25 Prozent der Erzeugung auf 6 Jahre hinzugeben. Außerdem sind uns Zahlungen in Höhe von 100 Milliarden Goldmark auferlegt, deren Zinsen so gestellt sind, daß wir vom Jahre 1926 an jährlich 4 Milliarden Goldmark zu zahlen haben. Dazu sind unsere Kanäle, Häfen und Flüsse internationalisiert, die Flotte hat man uns genommen, wir sind auch nicht mehr in der Lage, die Gütertarife zugunsten unserer heimischen Industrie zu bemessen, denn die feindlichen Güter haben auf unsern Eisenbahnen ohne weiteres alle Erleichterungen wie deutsche Güter. Jede Vergünstigung, die wir irgend einem Staate gewähren wollen, mit dem wir in Handel treten möchten, fällt auch unsern Feinden zu, so daß es uns überhaupt nicht mehr möglich ist, Meistbegünstigungsverträge mit andern Staaten abzuschließen.

Reichsminister **Scholz**, von lebhaftem Beifall empfangen, kennzeichnet mit schlagenden Worten das Versailler Diktat als Grundlage unserer gegenwärtigen Verelendung. Durch eine einstimmig angenommene Resolution gab der Parteitag sein Einverständnis mit diesen Ausführungen kund.

Jubelnder Zuruf begrüßte zu Beginn des zweiten Tages den

Vizekanzler Dr. Heinze,

der trotz der Arbeitshäufung es sich nicht hatte nehmen lassen, wenn auch nur kurz, zum Parteitage zu kommen und die Anwesenden zu begrüßen. In außerordentlich interessanten und packenden Ausführungen schilderte er die Tätigkeit der Regierung, zugleich das bisher Geleistete betonend und hinweisend auf die großen Aufgaben der nächsten Zukunft. In seinen Ausführungen bekundete sich vor allem der feste Entschluß des jetzigen Reichskabinetts, mit allen Mitteln und auf allen Gebieten die

Staatsautorität wieder herzustellen.

Die stürmische Zustimmung, die der Vizekanzler beim Parteitage fand, war ihm sicherlich die beste Bestätigung, daß die Wähler der Deutschen Volkspartei mit der Führung der Reichsgeschäfte durch ihre Vertreter einverstanden sind.

Dann sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. **Hugo** über die wirtschaftlichen und der Reichstagsabgeordnete **Thiel** über die sozialen Maßnahmen, die nach ihrer Ueberzeugung den Weg des Wiederaufbaus darstellen.

Ersterer stellte die Erhöhung der Kohlenproduktion in den Vordergrund seiner Erörterungen, letzterer gedachte insbesondere der Kriegerwitwen, der Kriegerwaisen, der Kriegsinvaliden und Kriegsbeschädigten, für die alles getan werden müßte, damit sie nicht in Not und Elend verkommen. Beide waren sich darüber einig, daß nur durch eine Steigerung der Produktion, die mit allen Mitteln erstrebt werden müsse, es möglich sei, die Arbeitslosen von der Straße zu bekommen und dauernd positive Werte zu gewinnen. Die Notenpresse kann nur scheinbare Werte hervorbringen. Beide geißelten treffend die Hilflosigkeit der sozialistischen Führer, die den Massen nur Phrasen bieten konnten, die ihnen Steine statt Brot gaben, beide verurteilten den armseligen Bürokratismus, der alles schöpferische Leben erstickt. Arbeit, wertschaffende Arbeit ist unsere Rettung! Erhaltung, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetze sind unsere Pflichten. Tosender Beifall folgte den Worten des Abg. Thiel, als er es als eine der vornehmsten Ziele der Deutschen Volkspartei bezeichnete, durch eine gesunde Sozialpolitik eine Brücke zu schlagen zwischen den Klassen und alle zu vereinigen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Vaterlandes.

Eine verständnisklare, scharfe, die Probleme an ihren Wurzeln fassende Kritik übte dann noch der Reichstagsabgeordnete **Dr. Curtius** an den Sozialisierungsplänen für die Kohlenwirtschaft.

Für diesen von Lebensdrang und Tatkraft erfüllten Parteitag brachte der glänzende Geschäftsbericht über die großartige Entwicklung der Parteiorganisation keine Ueberraschung. Die Zahl der Ortsvereine hat sich innerhalb Jahresfrist auf das Dreifache, auf über 3000 erhöht; die Zahl der hauptamtlich ange-

[illegible] Parteibeamten ist in der gleichen Zeit von 90 auf 200 gestiegen; an eingeschriebenen Mitgliedern der Partei sind bei der Reichsgeschäftsstelle in Berlin gegen 600 000 gemeldet. Das bedeutet eine Zunahme von 70 Prozent gegenüber den Stand des vorigen Parteitages. Aber auch diese Angaben sind schon wieder durch den Weitergang der Organisation überholt. Nach den neuesten Angaben der Wahlkreise ist die erste Million der Mitglieder überschritten. Darin liegt die beste Gewähr für die sichere Zukunft der Deutschen Volkspartei. Es sind auch die Mitglieder, die die Kosten des Wahlkampfes getragen haben. Die geheimnisvollen Millionen, die der Partei angedichtet werden, existieren leider nur in der Phantasie der gegnerischen Parteien.

Ein reicher Kranz von Sonderversammlungen und Beratungen, wie Versammlungen der Frauen, der Arbeiter, des Mittelstandes, der Handwerker, der Angestellten und Beamten, der Akademiker, der Schulleute, der Parteijugend usw., rahmte sich wirkungsvoll und farbenprächtig um die bedeutsame Veranstaltung des dritten Parteitages der Deutschen Volkspartei.

„Aufwärts und Vorwärts!" Das waren die Schlußworte des Staatssekretärs Dr. Krause. — Dann erschollen die feierlichen Klänge des niederländischen Dankgebetes:

„Herr mach' uns frei!"

Demokraten und Volkspartei.

Verschmelzungsabsichten.

Die Demokratische Partei[illegible] schreibt: Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei war am Freitag in Berlin versammelt, um die letzten Vorbereitungen zu dem Nürnberger Parteitag zu besprechen. Dabei kam auch der bekannte Antrag der Schleswig-Holsteinischen Landespartei zur Verhandlung, der einen Zusammenschluß mit Demokraten und Volksparteilern anregt. Es wurde beschlossen, ihrem Vorstand folgendes zu antworten: „Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei dankt der Schleswig-Holsteinischen Landespartei für ihre Anregung. Er hat volles Verständnis dafür, daß es erstrebenswert ist, die unerquicklichen deutschen Parteiverhältnisse durch Verständigung zwischen einander nahestehenden Parteien auf der Grundlage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft nationalen, demokratischen, sozialen und liberalen Politik zu verbessern. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei gibt anheim, bei der Deutschen Volkspartei festzustellen, ob dort die Voraussetzungen für die weitere Verfolgung dieser Gedanken vorhanden sind."

Preußische Landesversammlung.

(197. Sitzung.) tt. Berlin, 4. Dezember.

In der zweiten Beratung des Gesetzes über die preußischen Landtagswahlen wurden die einzelnen Paragraphen gestern und das Gesetz dann im ganzen angenommen. Das Gesetz über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen wird in allen Einzelheiten ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Die Gesamtabstimmung über die zweite Lesung wird zurückgestellt. Bei der Weiterberatung des Ministeriums des Innern erfolgt abermals eine Auseinandersetzung über die Organisation Eichertsch. Schließlich werden die Gesetzentwürfe über die Wahlen zum Preußischen Landtag einerseits und zu den Provinziallandtagen und Kreistagen andererseits in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Heute überweist das sehr schwach besetzte Haus zunächst einen Antrag über die Wahlen zum Staatsrat dem Verfassungs-Ausschuß. Der Antrag Siering (Soz.) auf Annahme eines Entwurfes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen wird gleichfalls dem Verfassungsausschuß überwiesen. Ein weiterer Antrag Siering über die Erhöhung der preußischen Stimmen im Reichsrat wird einstimmig angenommen.

Bei der Weiterberatung des Haushalts für das Ministerium des Innern wiederholen sich die Auseinandersetzungen der Parteien fast sinngemäß, wobei wiederum die Organisation Eichertsch einen breiten Raum einnimmt. Zu Worte kommen u. a. die Abgg. Ludwig (Rechtsunabh.), Stendel (Dtsch. Vp.), Degenhardt (Dem.) und Minister Severing.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Zeichnet zur Grenzspende!** Der Reichspräsident und der Reichskanzler erlassen folgenden Aufruf zur Grenzspende: „Der Tag der Abstimmung über Oberschlesien naht heran. Allen Oberschlesiern muß die Beteiligung an der Wahl ermöglicht werden. Große Mittel sind dazu erforderlich. Noch einmal ergeht der Ruf an die freiwillige Liebestätigkeit, damit durch die Hilfe aller deutsches Land dem Deutschen Reiche erhalten bleibt. An der Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mögen die Oberschlesier erkennen, daß das Vaterland an ihnen hängt. Sie mögen daraus neuen Mut zu treuem Beharren schöpfen. Um so einmütiger werden sie ihre Stimmen für das Deutsche Reich abgeben, je sichtbarer hinter ihnen der Wille des deutschen Volkes steht. Der Ausdruck des Willens ist die Tat. Zu solcher Tat bietet die Sammlung zur Grenzspende Gelegenheit. Keiner darf fehlen, wo es gilt, der Heimat die Treue zu beweisen."

✚ **Der Raub der Milchkühe.** Die Meldung, daß Frankreich in Sachen der deutschen Viehablieferungen seine Ansprüche auf nur 90 000 Stück im Verlaufe eines Jahres herabgesetzt habe, wird von unterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Von einem solchen französischen Verzicht ist an den maßgebenden deutschen Stellen jedenfalls nicht das geringste bekannt. Die Deutsche Regierung hat einen Entschluß hinsichtlich der Forderung von 810 000 Stück Milchvieh noch nicht endgültig gefaßt. Daß die Ablieferung einer so gewaltigen Zahl schon allein im Interesse der Säuglingsernährung gar nicht in Frage kommt, ist bereits wiederholt festgestellt worden. Im besten Falle würde Deutschland sich bereit erklären, einen Bruchteil der geforderten Anzahl aus freien Stücken zu liefern.

✚ **Sozialisierung auf dem Lehensprinzip.** Die Vierzehnerkommission des Reichswirtschaftsrates hat drei Tage in Essen gearbeitet. Im Laufe der Verhandlungen ist ein neuer grundsätzlicher Vorschlag zur Erörterung gestellt worden, der die Eigentumsverhältnisse auf eine neue Grundlage stellt. Die Auswirkungen dieses Gedankens, der auf dem Prinzip des Lehens beruht, erschienen so weittragend, daß eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Durcharbeitung als unerläßlich angesehen wurde. Die Beratungen wurden demgemäß ausgesetzt und sollen nach Abschluß der Vorarbeiten unverzüglich wieder aufgenommen werden.

✚ **Strafantrag gegen den Vorwärts wegen Beleidigung des Offizierstandes.** Der Deutsche Offizierbund hat beim Landgericht I Berlin gegen den Vorwärts einen Strafantrag gestellt, weil diese Zeitung in einem Artikel „Seeckt-Militarismus" den Ausdruck gebraucht hat „Die alte kaiserliche Armee und ihr schandbeladenes Offizierkorps". Der DOB. hat den Reichswehrminister gebeten, sich im Interesse der Reichswehroffiziere dem Strafantrage anzuschließen.

Frankreich.

× **Der Wiedergutmachungsschwindel.** Der Franzose Jean Herbette schreibt in der „Haagschen Post": „Meine persönlichen Informationen überzeugen mich davon, daß die Ausgaben und die Taxierung der Kosten des Wiederaufbaues viel zu hoch lauten, infolge des Mangels an Organisation und Kontrolle. Ich sage das rund heraus, weil ich glaube, die beste Politik ist, die Wahrheit ohne Umschweife festzustellen, auch wenn sie unangenehm ist. Aber die Wahrheitsliebe zwingt mich, zugleich zu konstatieren, daß der Schatz keines einzigen Landes imstande ist, ganz allein die Lasten zu tragen, die mit diesem Wiederaufbau von so enormem Umfange notwendig verbunden sind." Jean Herbette fordert eine internationale Regelung der Entschädigungsfrage. Aus den Darlegungen, die darauf folgen, ist zu schließen, daß er eine Hilfe Amerikas erwarte, falls französische Zugeständnisse an Deutschland den Amerikanern wünschenswert erschienen.

Schweiz.

× **Die furchtbarste Waffe des Völkerbundes.** Die für die Prüfung der Blockadefrage eingesetzte Unterkommission nahm unter dem Vorsitz Lord Robert Cecils die nachstehende wichtige Entschließung über die Verhängung der Blockade als Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens an. Für den Fall der Bezeichnung eines Vertragsbruches durch den Völkerbundsrat ist es Pflicht jedes Mitgliedstaates des Völkerbundes: 1. alle diplomatischen Beziehungen mit dem Staat abzubrechen, der sich gegen den Völkerbundspakt vergangen hat; 2. so schnell wie möglich die erforderlichen und mit seiner Verfassung im Einklang stehenden Maßnahmen zu verfügen, um allen seinen Staatsangehörigen jegliche Beziehung mit den Bewohnern des von der Blockade betroffenen Staates zu untersagen. Lord Robert Cecil betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Entschließung, die dem Völkerbund gestatte, die furchtbarste Waffe, über die er überhaupt verfüge, die Wirtschaftsblockade, zugunsten des Weltfriedens in die Wagschale zu werfen.

× **Hinein und hinaus!** Der 5. Ausschuß des Völkerbundsrats hat einstimmig den Antrag Österreichs um Aufnahme in den Völkerbund angenommen. Als Gegenstück dazu wird aus Buenos Aires gemeldet, Argentinien erwäge, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen, da es der argentinischen Delegation nicht möglich war, die Zustimmung der Völkerbundsversammlung zu den Vorschlägen Argentiniens zu erreichen.

Rußland.

× **Ernährungsschwierigkeiten überall.** Petersburger Blätter veröffentlichen Schilderungen über die Ernährungsschwierigkeiten in Petersburg und Moskau. In den Speisehäusern wird den Gästen nur noch eine Pflanzensuppe gegeben. Anläßlich der kritischen Ernährungslage in diesen Städten hat Lenin Befehl erteilt, daß neue Mehlsendungen abgehen. In Moskau ist die Lage so bedrohlich, daß der Stadtrat auf eigene Faust beschlossen hat, die noch vorhandenen geringen Vorräte sofort an die Bevölkerung zu verteilen. Der Stadtrat wurde deshalb von der Sowjetregierung in den Anklagezustand versetzt.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 7. Dezember.

Sonnenaufgang	7^{58}	Mondaufgang	4^{41} V.
Sonnenuntergang	3^{46}	Monduntergang	2^{14} N.

1724 Thorner Blutbad: Enthauptung des Stadtpräsidenten Rößner und neun anderer Bürger. — 1917 Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn.

□ **Eine Berichtigung der Reichspost.** Berliner Blätter verbreiteten die Nachricht, daß nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen bis auf weiteres nicht mehr befördert würden und die Post die Annahme solcher Sendungen fortan verweigere. Diese Nachricht ist, wie die Reichspostverwaltung mitteilt, irreführend. Ein Freimachungszwang besteht nach dem Gesetz über die Postgebühren vom 29. April d. Js. nur für Pakete, Päckchen, Wertsendungen und Postanweisungen. Dagegen nicht für Briefe und Postkarten, wennschon es natürlich sehr erwünscht ist, daß auch diese Sendungen vollständig freigemacht werden. Ist dies nicht geschehen, so wird nach dem Gesetz für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe das Doppelte des Fehlbetrages nachgehoben. Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen werden nicht abgesandt. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Arten wird ebenfalls das Doppelte des Fehlbetrages nachgehoben. Eine Änderung dieser Gesetzesvorschriften ist nicht beabsichtigt.

Warmbrunn.

* **In der Gemeindevertretersitzung** am letzten Freitag wurde zuerst Herr Bauunternehmer Künzel als Schöffe verpflichtet und zwar anstelle des Herrn Schneidermeister Artelt, der sein Amt niederlegte. — Anstelle des Herrn Künzel, der bei Ernennung zum Schöffen sein Gemeindevertreteramt niederlegte tritt Herr Tischler Stiller, Voigtsdorferstraße. — Dann kam ein Dringlichkeitsantrag betr. der Einziehung des Landhausweges zur Beratung. Der Herr Gemeindevorsteher schlägt vor, bei Schließung des Landhausweges den Geschwistern Rothe (Villa Frankenberg) das durch die Schließung des Landhausweges freiwerdende Gelände, etwa 200 Quadratmeter, bis zum Landhaus zum Preise von 2 Mark pro Quadratmeter abzulassen. Die Versammlung erhöht den Preis auf 5 Mark und beschließt demgemäß. Ferner teilt Herr Gemeindevorsteher Neugebauer mit, daß den Geschwistern Rothe bis zu ihrem Tode die Benutzung des Landhausweges bis zu ihrer Villa, da sie Fremdenheim, gestattet werde, vorausgesetzt, daß sie die 200 Quadratmeter frei werdendes Gelände erwerben. Nach Erledigung dieses Falles erfolge die weitere Schließung vom Landhaus aus bis zur Ludwigsallee. Dem Landhauswirt soll der an seinem Grundstück frei werdende Teil des Weges unter der Bedingung überlassen werden, wenn er das Terrain zur Durchführung der Brucestraße nach der Gartenstraße freigibt. Die dahinterliegenden Anlieger der Gartenstraße gelangen infolge ihrer Grundstücksbuchrechte ohne weiteres in den Besitz des frei werdenden Geländes. — Punkt 1: Verbesserung der Brückenbahnen durch Asphaltbelag, wurde vertagt. In der Aussprache hierüber wurde betont, daß infolge der teuren Holzpreise in Erwägung zu ziehen sei, die Fiedlerbrücke aus Eisenbeton herzustellen, wodurch sich laufende Reparaturen erledigen würden. Ferner wurde empfohlen, als Brückenbelag künftig nicht quer sondern längs laufende starke Bohlen zu verwenden, wodurch eine geringere Abnutzung des Belages erreicht würde. Das Pflaster vor und hinter der Brücke müßte dann entsprechend höher gelegt werden. Es sollen Kostenanschläge über Eisenbetonbau eingefordert werden. Man schätzt die Kosten für die Fiedlerbrücke auf etwa 200 000 Mk. Auch die Schirmerbrücke soll bei künftigen Ausbesserungen mit stärkerem Belag von ausgewachsenem Holz versehen werden, da die bisher verwandten zu schnell abgenutzt würden. Leider werde letztere Brücke auch von Pferdefuhrwerke benutzt und dadurch einer rapiden Beschädigung ausgesetzt. Leider könne man den bekannten unbekannten Täter nicht so leicht erwischen. — Punkt 2: In die Kommission zur Festsetzung für Mietzinssteigerungen wurde Herr Rentier Katzlan gewählt. Der kürzlich gewählte Herr Rentier Jobel mußte dieses Amt ablehnen, weil er bereits ein anderes Amt übernommen hatte. — Punkt 3: Es wurde dem Vorschlage des G.-V. entsprechend beschlossen, zu Umzügen bei freiwilliger Verfügungstellung von Wohnungen Zuschüsse zu gewähren. Es entspricht dies einer Ministerialverfügung. Diese Zuschüsse können seitens der Gemeinde durch Stellung von Gespannen, Arbeitskräften oder auch in bar geleistet werden. Es gibt eine Anzahl Mieter, die ihre großen Wohnungen gern gegen kleinere eintauschen möchten, wodurch die leergewordenen in kleinere umgewandelt werden könnten. Die ungeheuren Umzugskosten werden aber gescheut, können auch zumteil nicht geleistet werden, deshalb sollen die Gemeinden hier zuhilfe kommen. Die Versammlung genehmigt die Zuschüsse. — Punkt 4: Erhöhung der Hundesteuer. Die Versammlung beschließt, die Steuer um das Doppelte zu erhöhen. Hierbei wurde über die Unsauberkeit, die von den Hunden verursacht wird, lebhaft Klage geführt. Die erhöhte Hundesteuer würde etwa 2500 Mk. jährlich mehr einbringen, im ganzen etwa 5000 Mk. — Punkt 5: Verwendung von Fremdenaufenthaltsgebühren. Es wurde beschlossen, ein Drittel dieser Gebühren zu Gehältern für Angestellte zu verwenden, die in diesen Ressort arbeiten. Die übrigen zwei Drittel sollen zurückgestellt werden für Verbesserungen im Interesse des Fremdenverkehrs. — Punkt 6: Zu Hauskuratoren wurden bestellt: Herr Direktor Hüllweck für das Schweizerhaus, Herr Köhler für das Meerschiff. — Punkt 7: Herrn Böse („Preußischer Hof") wird wiederruflich gegen eine jährliche Vergütung von 5 Mk. an die Gemeinde gestattet, 2 Kellerfenster, die nach dem Gemeindegrundstück liegen, auszubauen. Punkt 8: Herr Malermeister Kirschner beantragt die Schließung des Weges zwischen seinem und Kaufmann Schillers Grundstück und will die freiwerdende Wegeparzelle für 2 Mk. pro qm kaufen. Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Bedingung, daß Herr K. 5 Mk. für den qm zahlt. — Punkt 9: Zulassung von elektrischen Installationsfirmen zum Ortsnetz. Der G.-V. zieht seinen Antrag wegen Unstimmigkeiten mit der Versammlung zurück. — Punkt 10: Zur Beaufsichtigung der Gemeindearbeiter soll eine Aufsichtsperson angestellt werden. Es wird beschlossen, diesen Posten auszuschreiben. Inbetracht kommen hierfür Pensionäre. 100 Mk. monatlich will man dafür zahlen. — Punkt 11: Anstelle von Frau Schedwig wird Frl. Franck (Fa. Hermann Junge) als Mitglied des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge gewählt. — Punkt 12: Die Eintrittskartensteuer wird wie folgt festgesetzt: Für Eintrittskarten von 61 Pfg. bis 1 Mk. 15 Pfg. (bisher 5 Pfg.), von 1—2 Mk. 30 Pfg. (10 Pfg.), von 2 Mk. ab auf 20 Prozent, abgerundet auf 10 Pfg. nach oben. — Herr G.-V. gibt einen Schriftwechsel zwischen ihm und Herrn Geheimrat Füllner in Steuerangelegenheiten bekannt. Die Versammlung erklärt, daß sie diese Angelegenheit nichts anginge.

* **Der Turnverein** hielt am vorigen Mittwoch seine Monatsversammlung im „Weißen Adler" ab. Der Vorsitzende, Buchdruckereibesitzer Fleischer, begrüßte mit herzlichen Worten den aus 6¼jähriger russischer Gefangenschaft, die er im östlichen Sibirien verlebte, zurückgekehrten Turnbruder Georg Rabel, ferner die anwesenden Vorstandsmitglieder des Warmbrunner Sportvereins. Die Versammlung beschloß zunächst, von einer Verschmelzung des Sportvereins mit dem Turnverein abzusehen, weil dadurch eine pekuniäre Schädigung des ersteren erfolgen würde. Die vom Sportverein gewünschte Genehmigung zur Mitbenutzung des Turnplatzes wird in der im Januar stattfindenden Hauptversammlung erteilt werden. Aufgenommen wurde ein neues Mitglied. Der Vorsitzende gab hierauf einen Bericht über die Sitzung des Turnhallenausschusses, an welcher außer dem Kreisjugendpfleger Herr Direktor Scheer-Hirschberg und die gewählten Vertreter der Feuerwehr Warmbrunn und des Warmbrunner Sportvereins teilgenommen hatten. Es gelangte dann das am 2. Weihnachtsfeiertag stattfindende Weihnachtsvergnügen zur Besprechung. Vorgesehen sind ein zweiaktiges Theaterstück, heitere Vorträge, turnerische Vorführungen der Zöglings- und Männerriege, Reigen der Frauenabteilung, eine Verlosung und Ball. Den Mitgliedern wurde nahegelegt, zur Verlosung Geschenke mitzubringen, ferner wird gebeten, daß auch andere Wohltäter zur Verlosung Geschenke stiften möchten, damit möglichst hohe Einnahmen erzielt werden und ein stattlicher Gewinn für den Turnhallenbau erzielt wird. Der Vorsitzende empfahl, in weitesten Kreisen der Bevölkerung Stimmung für den Turnhallenbau zu machen und diesen durch Sammlungen aller Art, Veranstaltungen usw. reichlich zu unterstützen. Zu Prüfern der Jahresrechnung wurden die Herren Geppert und Schumann gewählt. Ein dem Verein gehöriger überflüssiger Schrank wurde dem Stenographenverein käuflich überlassen. Eine Sammlung für den Turnhallenbau ergab 37,42 Mk. Nach Absingung von Turnliedern wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

* **Die Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener,** Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf, veranstaltete am Sonnabend in der Galerie einen Wohltätigkeits-Abend, dessen Reinertrag für die noch in Gefangenschaft befindlichen Deutschen bestimmt war. Wenn auch anderweitig Veranstaltungen an diesem Abend dazu beitrugen, daß Viele diesem Wohltätigkeitsfest fernblieben, die ihm vielleicht beigewohnt hätten, so ist es an und für sich doch tief bedauerlich, daß das Interesse an unseren bedauernswertesten aller Stammesbrüder nicht größer ist. Denn der kleine Saal war nur schwach besucht. In kameradschaftlichster Weise hatte

sich die gesamte Kapelle unserer Hirschberger Jäger unentgeltlich zur Verfügung gestellt und bot den Erschienenen ein auserlesenes, ganz vortrefflich zu Gehör gebrachtes Konzert, das begeisterten Beifall fand. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Ittmann, nahm während der Pause Gelegenheit, die Erschienenen zu begrüßen und denen herzlichen Dank auszusprechen, die an dem Zustandekommen und Gelingen des Abends besonderen Anteil hatten. Mit tiefem Bedauern stellte er fest, daß auch bei uns das einmütige Interesse für unsere, noch in Gefangenschaft schmachtenden Stammesbrüder fast völlig verloren gegangen zu sein scheint, das 1918 im ganzen Volke noch vorhanden war und dem es damals gelang, die Herausgabe unserer meisten Gefangenen bei den Feinden durchzusetzen. Auch die Regierung trage einen Teil der Schuld daran, daß Tausende deutscher Brüder einem siebenten, furchtbaren Winter in Sibirien hoffnungslos entgegensehen. Er schloß mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß recht bald Wandel in dieser Lauheit einreten und daß es recht bald gelingen möge, auch die letzten unserer Gefangenen in der Heimat zu sehen. Im Anschluß an das Konzert vereinte ein Ball die Erschienenen in den, übrigens sehr gut geheizten, Räumen der Galerie.

* **Chorverein.** Am Sonntag gelangte in der Galerie nach etwa ½jähriger, eifriger Einstudierung durch den Dirigenten, Herrn Kantor Haensel, das gewaltige Chorwerk „Der wilde Jäger" nach der J. Wolff'schen Dichtung zur Aufführung. Die Wiedergabe des Werkes, die etwa zwei Stunden in Anspruch nahm, zeugte von dem Eifer, mit dem die Einstudierung betrieben worden ist und erntete wohlverdienten Beifall. Der Vorsitzende des Vereins dankte nach der Aufführung allen daran Beteiligten und besonders denen, die sich um ihr Zustandekommen und ihr gutes Gelingen besonders verdient gemacht hatten.

* **Beethoven-Abend.** Es sei hiermit nochmals auf den am Donnerstag, den 9. Dezember in der Galerie Warmbrunn stattfindenden Beethoven-Abend hingewiesen, der einen auserlesenen Genuß zu bieten verspricht.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Frank 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	4. 12. Geld	4. 12. Brief	3. 12. Geld	3. 12. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	2157,80	2162,20	2137,85	2142,15	170 Mk.
Dänemark . . Kronen	996,50	998,50	966,50	968,50	112 „
Schweden . . Kronen	1377,10	1379,90	1348,65	1351,35	112 „
Norwegen . . Kronen	979,—	981,—	966,50	968,50	112 „
Schweiz . . Frank	1103,85	1111,15	1093,90	1096,10	72 „
Amerika . . Dollar	71.42	71.58	69,93	70,07	4,40 „
England . . Pfund	247,75	248,25	243,25	243,75	20,20 „
Frankreich . . Frank	426,55	427,45	423,30	424,20	80 „
Belgien . . Frank	452,—	453,—	447,55	448,45	80 „
Italien . . . Lire	255,70	256,50	254,70	255,30	80 „
Dt.-Österreich . Kronen	22,47	22,53	22,47	22,53	85 „
Ungarn . . . Kronen	14,96	15,02	14,75	14,77	85 „
Tschechien . . Kronen	84,27½	84,47½	84,40	84,60	85 „

Berliner Produktenverkehr am 4. Dezember. Nichtamtlich sind folgende Preise in Berlin ermittelt. alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 240—260 Mark, kleine gelbe und grüne 180—195 Mark, Futtererbsen 170—175 Mark, Peluschken 150—155 Mark, Ackerbohnen 160—170 Mark, Wicken 145—155 Mark, Lupinen 65—75 Mark, Raps 415 Mark, Rübsen 5—10 Mark, darunter, Leinsaat 345—375 Mark, Mohn 630—650 Mark, Dotter —.— Mark, Senfsaat 240—270 Mark, Hirse inländische —,— Mark, Trockenschnitzel 78—82 Mark, Torfmelasse 65—67 Mark, Häckselmelasse —,— Mark, Haferhalmmelasse —,— Mark, Wiesenheu, lose 38—40 Mark, Kleeheu —,— Mark, Stroh, drahtgepreßt 24,50—26 Mark, gebündelt 23,50 bis 24 Mark, Serradella, alte und neue 80 bis 98 Mark, Mais, lose, frei Kanwaggon Hamburg Dezember 172 Mark, Januar-Februar 164—165 Mark, Februar-März 161—162 Mark.

* **Selbstbewirtschaftung von Staatsdomänen.** Ein Entwurf, der der preußischen Landesversammlung zuging, fordert die Bereitstellung von 180 Millionen Mark zur Selbstbewirtschaftung von Domänen bis zu 30 000 Hektar Gesamtumfang. Das Verpachten von Domänen stößt auf Schwierigkeiten, da den Pächtern die Betriebsmittel fehlen. Der Staat will deshalb zur Selbstbewirtschaftung übergehen, um seine Domänen nicht zu sehr herunterwirtschaften zu lassen. Zu diesem Zwecke soll unter Leitung der Seehandlung eine Aktiengesellschaft gegründet werden, die mit 100 000 Mark Eigenkapital die Bewirtschaftung der Domänen für Rechnung des Staates übernimmt.

* **Freie Einfuhr von Heringen.** In Anlehnung an den Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichskabinetts betreffend die Einfuhr von Salzheringen nach dem 15. Dezember d. Js. haben Erwägungen der beteiligten Stellen über die freiere Gestaltung der Salzherings-Einfuhr stattgefunden. Im Interesse der Volksernährung ist beschlossen worden, von einer kontingentierten Einfuhr abzusehen und die Einfuhr vom 15. Dezember d. Js. ab bis auf weiteres freizugeben. Eine dahingehende Verordnung wird demnächst erlassen werden.

Nah und Fern.

o **Die gesamte Ernte durch Feuer vernichtet.** Wie aus Breslau berichtet wird, wurde das Dominium Kunzendorf bei Schweidnitz zum drittenmal in Brand gesteckt. Den gesamten Wehren der Umgegend gelang es nicht, dem Brand Einhalt zu tun. Die ganze Riesenernte ist vernichtet worden, in einem Großschuppen allein 2500 Zentner Heu und Stroh und 60 Zentner Hanf.

o **Die kinderreichsten Familien Frankreichs** erhalten, nach einer Testamentsbestimmung des verstorbenen Ehepaares Cognacq, jährlich je 25 000 Frank Unterstützung. Darauf haben jedes Jahr 90 Familien, die über einen außergewöhnlichen Kinderreichtum verfügen, ein Anrecht. In diesem Jahre sind Familien, die 12 bis 18 Kinder besitzen, bedacht worden. Zwei Familien haben sogar zweiundzwanzig Kinder. Die alljährlich zur Verteilung kommende Rente beträgt 2 250 000 Frank.

o **Starker Schneefall im Schwarzwald.** Aus dem ganzen Schwarzwald wird Schneefall bis auf 1000 Meter herab gemeldet. In den obersten Wegegegen ist die Temperatur auf 5 Grad unter Null gesunken und die Schneedecke auf 20 Zentimeter angewachsen.

Fern-Andra

Zur Anfertigung von **Drucksachen** empfiehlt sich F. Fleischer's Buchdruck., Warmbrunn

Bekanntmachungen.

1. Kohlenverkauf.

Am Mittwoch, den 8. d. Mts., findet ein Verkauf von Kohlen in der „Schneekoppe" für

Haushaltungskarte Nr.	1—250	vormittags	von	8—9 Uhr
„ „	251—500	„	„	9—10 „
„ „	501—750	„	„	10—11 „
„ „	751—1000	„	„	11—12 „
„ „	1000—1250	nachmittags	„	1—2 „
„ „	1251—Ende u. Gutsbez.	„	„	2—3 „

statt. Aufgerufen wird Nr. 14 der Kohlenkarte, welche auch bei den Händlern zum Verkauf freigegeben ist. Preis pro Zentner 17 Mark. Die Bezahlung der Kohle und die Ausgabe der Gutscheine erfolgt in der Lebensmittelkartenausgabestelle des Gemeindeamts. Die Haushaltungskarte ist vorzulegen.

2. Die Zählungsliste

für die Viehseuchenbeitragsberechnung liegt vom 7. 12. 1920 ab auf 14 Tage in der Ortskanzlei zur Einsicht für die Interessenten öffentlich aus.

4. Versorgung mit elektrischem Strom.

Die andauernde Regenlosigkeit hat nach eben eingelaufener Mitteilung des Provinzialelektrizitätswerkes die traurige Tatsache gezeitigt, daß Strom nur noch zu Beleuchtungszwecke abgegeben werden kann. Von heute ab ist der Strom von vormittags 9 bis nachmittags ¼4 Uhr abgesperrt. Für unaufschiebbare Arbeiten in gewerblichen Betrieben ist zugelassen worden, daß Motore erst von abends 9 Uhr ab eingeschaltet werden dürfen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß künftig sogar noch die Beleuchtungszeit beschränkt werden wird. Die Bevölkerung wird ersucht, sich bei Ausbleiben des Stromes nicht zu beunruhigen. Die Absperrung geschieht nicht von hier aus, sondern von der Kohlenstromzentrale Waldenburg, die nicht mehr in der Lage ist, in Ermangelung von Kohlen den nötigen elektrischen Strom zu erzeugen. In wenigen Tagen wird das Provinzialelektrizitätswerk an ein neues Braunkohlen-Elektrizitätswerk angeschlossen sein. Die Zuleitungen werden mit erhöhter Beschleunigung bereits hergestellt. Es wird somit erreicht werden können, daß vorläufig wenigstens keine Beschränkung der elektrischen Beleuchtung stattfinden wird.

4. Holzverkauf.

Dienstag, den 7. d. Mts., findet ein Verkauf von Holz auf dem Bahnhof statt. Für jeden Haushalt wird ¼ Raummeter abgegeben und zwar in folgender Reihenfolge:

Haushaltungskarte Nr.	1—100	vormittags	10—10½ Uhr
	101—200	„	10½—11 „
	201—300	„	11—11½ „
	301—400	„	11½—12 „

Warmbrunn, den 6. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.
Neugebauer.

Hotel Preuss. Krone
Warmbrunn.
Mittwoch, den 8. Dezember, vorm. v. 10 Uhr ab
Grosses

Schweinschlachten
Nachmittags von 4 Uhr ab
Musik. Unterhaltung
Es ladet ergebenst ein **F. Czyrski.**

Donnerstag, den 9. Dezember, abds. 8 Uhr, in der Galerie Warmbrunn:
Beethoven-Abend.
Auerbach (Klavier), Bergmann (Violine), Dr. Jedin (Ansprache).
Karten bei Max Leipelt, Warmbrunn.

Altertümer
in Gläser, Porzellan, Miniaturen, Uhren, Figuren, Tassen, Teller, Terrinen, Vasen Fayancen usw., sämtliche Silbergegenstände, Goldsachen, Brillanten, Perlen — Kupferstiche und Teppiche —
zu kaufen gesucht.
Schriftliche Angebote an Franz Cebulla, Warmbrunn, Hotel Rosengarten.

Sorgenlos werden alle Frauen durch Anwendung meines Spezial-Mittels bei **Regel**störungen. Meine Präparate haben sich in hartnäckigsten Fällen als zuverlässig erwiesen. **Wirkung** in 1—3 Tagen. Trotz Zuverlässigkeit unschädlich. (Org. Veränderung ausgeschlossen.) Garantie.
Venus-Versand, Hamburg 9, Rambachstraße 15.

Weihnachtsfreude
möchten wir in dieser schweren Zeit unseren 110 großen und kleinen Pfleglingen bereiten?
Wer hilft uns dabei?
Gaben der Liebe, Bekleidungsstücke, Bücher, Spielsachen — und Geld (Postscheckkonto Breslau 7548) erbittet —
Das Schlesische Krüppelheim zu Rothenburg OL.

Lest Die Welt-Literatur 80 Pfg.
Die besten Romane und Novellen.
Einzel-Nummern bei allen Buch- und Zeitungshändlern.

Stadttheater Hirschberg.
Dienstag, 7. Dezember, abends 7,30 Uhr:
Für den Gewerkschaftsbund der Angestellten!
Die verlorene Tochter
Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.
Donnerstag, 9. Dezbr., abends 7,30 Uhr:
Gastspiel Nina Richter-Sorel vom Zentral-Theater in Chemnitz:
Die Dame im Frack.
Operette in 3 Akten von Bordes-Milo. Musik von Walter Bromme.

Warmbrunner Lichtspiele
„Preußischer Hof" Schloßplatz.
Telef. 48. Telef. 48.
Mittwoch u. Donnerstag 8. und 9. Dezember um 5,30 und 8 Uhr:
Riesen-Programm nur 2 Tage!
Fern-Andra in dem Zirkusdrama
Eine Motte flog zum Licht
1 Vorspiel u. 3 Akte.
Das grosse Licht
Monumentalfilm in 1 Vorspiel und 6 Akten.
Lorenz Ferleitner
Emil Jannings
Berlin.

Tüchtig., arbeitsfreudiges
Mädchen
für Haushalt und Kinder
sofort gesucht.
B. Schedwig,
Warmbrunn, Schloßplatz.

Fern-Andra

Schwarzer Hahn entlaufen.
Geg. Belohnung abzugeb. bei Oswald Hütter.

1 Paar Damenschlittschuhe (fast neu, Nr. 26),
1 eiserner Ofen m. Röhren
preiswert zu verkaufen
Rich. Scholz, Warmbrunn, Hermsdorferstr. 51, Hinterh.

Ein guterhaltener
Kinderwagen
mit Gummibereifung
zu verkaufen.
Warmbrunn, Bruncstr. 3, Keller.

Wo kann Dame Tanzen lernen??
Angeb. unter „A. L. 100" an die Geschäftsst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer
von berufstätiger Dame per 1. Januar gesucht.
Angebote mit Preisangabe erbeten unter „R. W. 90" an die Geschäftsst. d. Ztg.

Saubere
Bedienungsfrau
sofort gesucht.
Frau Hütter,
Hospitalstrasse 4, parterre.

„Schlechte Zeiten"
vergißt man, wenn man unsere hochinteress. Bücher liest. Prospekte frei.
Buchvers. „Stern"
Schömberg Schles., Krs. Landeshut.